

# VORFRAGEN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEMERKSCHAFT

NR. 52

Juli / August 1981

80 Pfg.

Solidaritätspreis 1,20 DM

PARTEIBASIS WIRD KRITISCHER

## NEIN ZU AUFRÜSTUNG UND REFORMABBAU SPD MUSS mit dem Kapital brechen!

INGOLF BECKER

Nach wie vor hat der markt-wirtschaftlich orientierte Flügel das Sagen in der Partei, doch der Widerstand beginnt sich zu formieren:

Viele SPD-Kommunalpolitiker werden an der Bundes- und Landespolitik gemessen. Für sie wird es schwierig, speziell den Atomkurs vor der Basis und der Bevölkerung zu vertreten. Sie machen eine "Schaukelpolitik", d.h. sie kritisieren die Regierung in einzelnen Punkten, haben jedoch keine Alternative zur Regierungspolitik.

Einige führende Sozialdemokraten verurteilen die Regierungspolitik. Sie sind dagegen, daß aus der BRD ein Raketenstilo gemacht wird. Sie lehnen das Wettüben und die Atomkraftwerke ab. Sie sprechen den Parteimitgliedern aus der Seele, die schon lange ihre geringe Einflüßnahme auf die Parteipolitik kritisieren.

Die Gründe für die weitverbreitete oppositionelle Haltung gegenüber der offiziellen SPD-Politik sowie die Zielrichtung ihrer Kritik sind in der jetzt beginnenden Phase der Polarisierung vielfältig, die Reaktion des Parteivorstandes war bisher eindeutig:

\*Karl-Heinz Hansen — und nicht nur er — hat gegen ein Parteiordnungsverfahren zu kämpfen.

\*"Linke Abwechler" bekommen im Parlament Redeverbot.

Mit diesen formellen Mitteln kann die SPD-Führung jedoch nicht lange die Unzufriedenheit unterdrücken — dazu ist sie zu weit verbreitet. Unsere Bonner Spitzengenossen werden eine nicht mehr zu kontrollierende Welle der Kritik auslösen, falls sie diesen Kurs der Krisenbewältigung fortsetzen sollten. Doch die Parteispitze scheint in Zukunft nach wie vor eine Politik der "pettsche" zu verfolgen, die mit wenigen "Zuckerstücken" schmackhaft gemacht werden soll.

Wie sollen sich Sozialisten in der SPD gegen die kommenden Peitschenhiebe wehren? Die Unzufriedenheit an der Parteibasis (die in den nächsten Jahren noch ins unermessliche wachsen wird!) berechtigt zur Hoffnung, daß sich viele Parteimitglieder von einem neuen politischen Programm angesprochen fühlen werden, das die Partei wieder zu einer Interessensvertreterin der Arbeiter und Angestellten machen wird. Diese Hoffnung besteht aber nur dann, wenn die Ursachen der momentanen Krisenscheinungen erkannt werden: das kapitalistische Wirtschaftssystem!

Es ist dafür verantwortlich,

\*die Wirtschaft — so schätzt das Kieler Institut für Weltwirtschaft — in diesem Jahr um 2% schrumpfen wird.

\*die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Jahr weit über den bisher "üblichen" 1,2 Millionen liegen wird.

Die Vorstellung, die Auswirkungen dieses Systems bekämpfen zu können, ohne die wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend ändern zu müssen, hat sich als falsch herausgestellt. Gerade die wirtschaftliche Entwicklung bedroht die bisherigen Reformen (sie kosten Geld), verhindert neue und verschlimmert gleichzeitig die gesellschaftlichen Mißstände Inflation und Arbeitslosigkeit. Diese "unerwartete" Entwicklung entzieht der SPD-Führung ihre politische Grundlage. Sämtliche Programme, auf die die SPD zur Wiederbelebung der Wirtschaft gesetzt hatte, sind gescheitert.

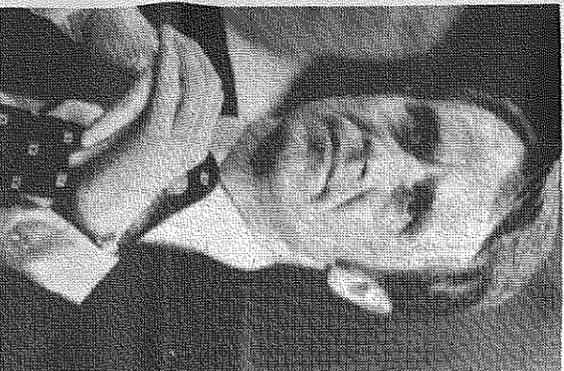
Jetzt sind unsere führenden Genossen lieber dazu bereit, einen Reformstopp und —abbau hinzunehmen, als sie durch eine sozialistische Umgestaltung der Wirtschaftsordnung zu sichern. Genau dies tut aber Not! Einen Ausweg aus der Krise kann uns nur ein sozialistisches Programm bieten. Es ist nicht nur die Antwort auf das politische und formelle Verhalten der SPD-Spitze. Wenn wir über die Produktionsmittel verfügen und bestimmen, werden wir auch die Arbeitslosigkeit und die Inflation bekämpfen können.

\*Schluß mit der Politik des Großkapitals! Nein zum Abbau von Sozialreformen! Keine Rotstift- und Kürzungspolitik mehr auf dem Rücken der Lohnabhängigen!

\*Verstaatlichung der 200 größten Konzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!

\*Für die Annahme eines unitarischen sozialistischen Programms durch den SPD-Parteitag!

\*Für eine SPD-Alleinregierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!



Parteilkritiker Klöse und Hansen

Vielen einfachen Parteimitgliedern bläst bei politischen Gesprächen verstärkt der Wind ins Gesicht. Sie müssen sich den Unmut vieler Arbeiter und Angestellten anhören, der sich an der Politik des Parteivorstandes und der Regierung entzündet.

Allenthalben wird von Kürzungen und Einschränkungen gesprochen, die jeder machen müsse. Da sich die Arbeiter und Angestellten schon seit Jahren einschränken und Reallohnverluste hinnehmen, werden diese Appelle mit Befremden aufgenommen. Die Unterstützung für die SPD ist folglich gering:

\*In Berlin, wo die SPD in den 60er Jahren über absolute Mehrheiten verfügte, fiel sie unter die 40%-Marke. Korruption, Garski-Affäre, Pöscheljägerei und eine falsche Wohnungspolitik sind die Meilensteine dieses Wegs in den Abgrund.

\*In Hamburg weigerte sich die Parteibasis, dem "Atomkurs" der Bundesregierung zuzustimmen. Er ist unter anderem dafür verantwortlich, daß die Jugendlichen sich von der SPD abwenden: Nach Umfragen, die direkt nach dem Rücktritt Bürgermeisters Klöses in Hamburg gemacht wurden (laut "Der Spiegel", Nr. 27/1981), würden 31% der Jugendlichen alternativ aber nur 27% SPD wählen.

\*Auf dem Landesparteitag in Baden-Württemberg wurde der parteioffiziellen "Rüstungspolitik" eine Absage erteilt. Die Delegier-

ten waren derselben Überzeugung wie jene 10.000 Sozialdemokraten, die in einer Anzeige im Parteiorgan "Vorwärts" vom 14. Mai die "Rücknahme des NATO-Beschlusses" forderten: "Nachrüstungskritik" kam aus 752 Orts-, 104 Bezirks- und Unterbezirksvorständen, von 213 Kommunalpolitikern und 25 Bundes- und Landtagsabgeordneten. (Laut "Der Spiegel" Nr. 22/1981).

Der erdrutschartige Wahlsieg der Sozialisten bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich ist ein entscheidender Wendepunkt, nicht nur für die französische, sondern auch für die europäische Arbeiterbewegung.

Eine erneute Periode relativ stabiler bürgerlicher Regimes wie in den letzten 20 Jahren ist in Frankreich zukünftig nicht mehr möglich. Schon der Sieg Mitterands bei den Präsidentschafts-

## SIEG DER SOZIALISTEN

Französische Arbeiter erwarten Wandel

Forts. Seite 6

Wahlen wurde von riesigen Menschenmengen in Paris und anderen französischen Städten gefeiert. Im Sog dieser Euphorie gelang den Sozialisten auch der Durchbruch bei den Parlamentswahlen, trotz der ungerechten Einteilung der Wahlkreise.

Große Verlierer der Wahl sind einerseits die bürgerlichen Parteien, andererseits die Kommunisten. Während der letzten bürgerlichen Regierung unter Giscard stieg die Zahl der Arbeitslosen

auf 1,6 Millionen, das waren 1980 6,5% der Erwerbstätigen. Die Inflationsrate liegt bei 14%. Die Jugendarbeitslosigkeit ist besonders hoch. Etwa 40% der Franzosen unter 25 Jahren sucht eine Beschäftigung. Das waren 700.000 Jungwähler. Durch die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre war die Zahl der Erst- und Jungwähler überhaupt besonders hoch: 6 Millionen junge Franzosen wählten zum ersten Mal, die große Mehrheit links.

ARTIKEL ÜBER

Leserbriefe.....Seite 2  
Ihrg.-Bundeskongress.....Seite 5  
Fischerbuch.....Seite 3  
Anti-WA-A-Dem.....Seite 7  
Veränderungen  
Gewerkschaftler.....Seite 9  
Dietrich.....Seite 8

# VORAN

**VORAN zur sozialistischen Demokratie!**  
 Überregionale marxistische Zeitung  
 für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.  
 Erscheint seit Dezember 1973.  
 Abonnementspreis: 7,-DM für sechs Ausgaben  
 Abonnementsschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75, 5630 Remscheid  
 Telefon: 0 21 91 / 8 12 64  
 Bankverbindung: PostA Essen, H.G. Öffinger, Konto Nr. 170 20 - 433  
 Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öffinger  
 Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen

**Hier da oben  
...  
wird da unten**

## Steuer geschenk

Während die Bundesregierung, allen voran FDP-Wirtschaftsminister Lambdorff, die Arbeiter zur Genußsamkeit und Opferbereitschaft auffordert, hat sie doch für die Sorgen notleidender Bevölkerungsruppen noch ein offenes Ohr. Derzeit ist es die Unternehmensgruppe des Herrn Flick, die mit dem Beistand an die Türe des Grafen Lambdorff pocht und um Steuerbeteiligung bittet. Und sie haben allen Grund zu der Annahme, daß sie mit ihrem Anliegen auch Gehör finden.

Bereits vor 5 Jahren gewährte der damalige FDP-Wirtschaftsminister Friedrichs den Flicks ein großzügiges Steuer-geschenk. Sie mußten ihren Gewinn aus dem Verkauf von Daimler-Benz-Aktien in Höhe von 2 Mrd. DM (2.000.000.000,-) nicht versteuern, wenn die beabsichtigte Investition des Geldes von der Bundesregierung als "volks-wirtschaftlich förderungswürdig" anerkannt wird. 1,3 Milliar-den DM ihres Gewinns haben die Flicks bereits "förderungs-würdig" untergebracht, davon 800 Mio. DM zur Kapitalauf-stockung im eigenen Unternehmen.

Jetzt wollen sie weitere 210 Mio. DM im Gerling-Konzern investieren, förderungswürdig und steuerfrei, versteht sich. Der entsprechende Antrag nach § 6b des Einkommens-steuergesetzes liegt dem Bundesminister Lambdorff und Matthöfer zur Genehmigung vor.

Sollte der Antrag genehmigt werden, gehen dem Staat 120 Mio. DM an Steuergeldern verloren. Die werden aber dann sicher an anderer Stelle eingespart werden könnten: z. B. beim Arbeitslosengeld, den Renten, dem Kindergeld...

## Friedliche Koexistenz

Ewa 30 Arbeiter einer polnischen Firma bauen zur Zeit in Köln im Auftrag einer deutschen Baufirma eine neue Halle. Die Arbeiter müssen 60 Stunden in der Woche arbeiten, bekommen monatlich nur 800 DM und sind in einer primitiven Holzbaracke einquartiert. Das versteht die polnische Büro-kraten-Clique offenbar unter "friedlicher Koexistenz" mit dem Kapitalismus. Sie exportieren Arbeiter, die sie durch den Kapitalismus nach allen Regeln der Kunst ausbeuten lassen. Dafür erhalten sie Devisen, mit denen sie die Löhler im Staatshaushalt stopfen wollen, die ihre bankrotte Wirtschaftspolitik aufgefressen hat.

## Verdienstkreuz

Franz Josef Weisweiler (der Vorsitzende des Arbeitgeber-verbandes der Eisen- und Stahlindustrie) bekam von Arbeitsminister Farthmann das Bundesverdienstkreuz für seine "Verdienste um den sozialen Ausgleich". Farthmann lobte dabei die "Offenheit und Fairneß" Weisweilers als Verhand-lungsführer der Stahlarbeitgeber bei der Lösung tarifpoli-tischer Konflikte.

Weisweilers "Fairneß" zeigte sich wohl beispielsweise in der von ihm verfüigten Aussperrung von zehntausenden Stahlarbeitern 1978/79 beim Tarifkonflikt um die Arbeitszeit-verkürzung.

## Polizeiübergriffe

Am Samstag, den 11.7.1981 fand in Radevormwald (bei Remscheid) vor der Bundeswehrausstellung "Unser Heer" ein Sitzstreik statt. Nach einer einzigen, kaum hörbaren Auffor-derung, die Straße zu räumen, stürmten die Polizisten mit Hunderten in die Menge und traten auf die Demonstranten ein. Ein Polizist forderte den Mann mit dem Megaphon auf, dieses abzulegen. Er weigerte sich aber. Daraufhin ging der Poli-zist auf den Demonstranten los und würdigte ihn. Die Würdi-gmale sind später durch ein ärztliches Attest bescheinigt wor-den. In Notwehr schlug der Demonstrant zurück. Daraus entstand eine Schlägerei. Ein anderer Demonstrant, der den in die Schlägerei Verwickelten zurückhalten wollte, wurde daraufhin "versehentlich" von mehreren Polizisten geschla-gen. Der Mann mit dem Megaphon wurde festgenommen und zur Wache gebracht. Nach seinen Angaben ist er dort von einigen Polizisten zusammengeschlagen und getreten wor-den. Dies bezeugte auch sein blaues Auge, das er bei der Festnahme noch nicht hatte.

Silke Tietz und Michael Benscheld (Augenzeugen)

## LESER briefe

## Eine Demo ist kein Spaziergang

Hallo Leute,

aus dem Artikel eines Remscheider Teilnehmers der Brokdorfer Demo vom 28.2.81 (VORAN Nr.50) möchte ich kurz einen Punkt herausgreifen, der mir auch in diversen anderen Artikeln über Demos speziell in Brokdorf aufgefallen ist: Es war saukalt, ich/wir haben erbärmlich gefroren..."

Mensch Leute, eine Demo ist kein Sonntagsspaziergang!!!

Zum Kampf gegen oder für eine Sache gehören auch die richtigen Klimotten, die das Ertragen von Strapazen und das Durchhalten bis zum bitteren Ende er-trüglischer machen. Es ist doch Mist, wenn Demoteilnehmer ihren Marsch schon weit vom Ziel abbrechen oder gar nicht erst mitmachen, weil das Wetter beschissen ist ((Wir ham trotzdem durchgehatten, der Sätzerl)).

## \*\*\*\*\*

## Brief aus Remscheid

In ihrem Artikel "Unpolitische Angriffe gegen VORAN" berichtet Iris Cinkel in der VORAN-Ausgabe Nr. 51 zum 1. Mai 81 über die Neuwahlen für den Juso-Vorstand und über den Konflikt zwischen VORANlern und anderen Jusos in Remscheid.

Als "Nicht-VORANler" möchte ich ein-mal anhand der von Iris gebrochene Ar-gumente feststellen, wieso dies keine Ar-gumente für, sondern gegen VORAN sind. Da auch ich zu den VORAN-Lesern ge-höre, ist mir bekannt, daß VORANler eine konsequente politische Ansicht vertre-ten. Jedoch geht es in Remscheid gar nicht so sehr um diese Ansichten, die bei den anderen Jusos auf Ablehnung stoßen, sondern um das "Wie" der politischen Ar-beit. (...)

Den scheinbaren Widerspruch, daß durch Arbeit Aktivitäten gelöhnt werden können, möchte ich mit Hilfe der auch von Iris erwähnten Wohlkampferanstän-dung mit Günter Waltruff einmal auflösen. (...)

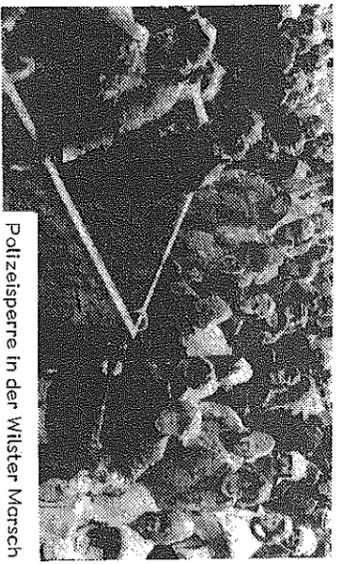
Die Veranstaltung zog viele Leute an und da Waltruff es ausgezeichnet ver-stand, die Leute so fesselt, war sie ein-Erfolg. Bis... ja bis die danach folgende "Diskussion" begann. Anfälliglich wurden noch von irgendwelchen Besuchern Fro-gen an Waltruff gestellt, fand ein Dirlidg statt, aber da traten die VORANler in-Erscheinung: jeder mit Konzeptionen be-öffnet, kamen sie dort nachherhand ans Mikrofon, stellten sich als Jusos vor und referierten dann ohne jegliche Be-zugnahme auf die gerade laufende De-battdiskussion über ihre Arbeit und Ansicht-ten. In wenigen Minuten lernte sich der

Raum. Jeder neue Redner, der sich als Juso in Remscheid vorstellte, wurde mit einem Stöhnen der noch Dagebliebenen begrüßt und was die Redebeiträge mit dem ersten Teil der Veranstaltung zu tun hatten, blieb allen "Nicht-VORANlern" ein Rätsel. So beruht der Erfolg der Ver-anstaltung wohl nicht auf der "grobarti-gen Mitarbeit" der VORANler, sondern auf dem ersten Teil der Veranstaltung, auf Günter Waltruff also. Die Leute, die es verstanden hatten, sich zwischen die VORANler auf die Redebühne zu quel-schen, hatten dann leider auch keine Möglichkeit, etwaige Unklarheiten, die aufgetaucht waren, zu klären. (...)

(Zum Programm des neuen Vorstan-des): Es ist richtig, daß wir hier auf Unterbezirks-Ebene in der nächsten Zeit wenig machen wollten, da wir unsere Ar-beit auf die Bildung von Juso-AGs in allen Remscheidern Ortsvereinen konzentrie-ren wollten.

Hierfür bietet sich ein im Stadtteil Lennep mit Erfolg durchgeführtes Konzept an, daß auf der Basis von Haus-besuchen und wiederholtem Ansprechen von Interessenten Mitgliedern geworben hat. In Lennep, wo auch ich mitarbeite, sind wir jetzt bereits über 10 Jusos, die auch den bis dahin vor sich hindrängen den Ortsverein Lennep ein blühendes wachstüchtiges. Dies scheint mir noch wie vor - auch nach der Ablehnung unseres Vorschlags durch die Mitgliederver-sammlung - ein sinnvoller Weg zu sein, von dem Jusos her Einfluß auf das Partei-geschehen zu nehmen.

Die Empörung über die Anwesenheit von 60 Jusos, sind es doch sonst - nach



Patizisperre in der Wilster Marsch

Was die Organisation der Demo be-trifft: Wir haben ebenfalls nichts davon bemerkt. Wir sind dann einfach nur auf die Faust losmarschiert, ohne von irgend-welchen Büßern (Ihre-) geführt und von Büllern behelligt worden zu sein. Sicher hat der Zufall eine Rolle dabei ge-spielt, daß wir unter den ersten waren am Bauplatz. Hauptsache, wir waren überhaupt dort. Jo Leinen und Co. wer-den wir in Zukunft jedenfalls mit Vor-sicht gelassen ((wir auch!! d.S.J)), wenn's um's Organisieren geht.

Tschüs ((ja, bis zur großen Anti-WAA-Demo am 19. September, geht! d.S.J)),  
 mit solidarischen Grüßen  
 Regina Petroll, Hamburg

## \*\*\*\*\*

Iris "Gott sei Dank" - nur 15 bis 20 Jusos, hat mich allerdings gefreut.

Die hier neuzuzugewonnenen Mit-glieder sind größtenteils aus Lennep und tatsächlich dort sehr aktiv, wir treffen uns nämlich nicht zu "lockeren Stammtischrunden", wie Iris das schein-bar gerne hätte, sondern arbeiten uns langsam und mit Erfolg in die Jusosbeit ein. Kein Wunder also, daß wir da unser Konzept auch in anderen Ortsvereinen durchführen wollen. Kein Wunder auch, daß wir da die Leute wählen, die Mit-woch für Mittwoch, aus Remscheid noch Lennep kommen (und nicht etwa erst seit Februar/März 1981) um uns zu helfen und zu informieren. Kein Wunder also, daß wir da Helmut Kipper so weit wie möglich unterstützen! (...)

Zum Schluß noch zu der von Iris erwähnten "schweigenden Mehrheit", die es bereits "bequert" die VORANler nicht gewährt zu haben: Ich teile ganz gewiß viele der Ansichten, die unter VORANlern herrschen und für die sie sich einsetzen.

Despöb hätte ich persönlich auch vor-geschlagene VORANler gewählt, müße ich dann nicht eine Juso-Arbeit betrich-teln, wie sie bei der Waltruff-Veranstal-tung gelautert ist und die mir noch dazu deutlich im Gedächtnis haften, eben weil sie, wie Iris stolz erwähnt, von VORAN-lern organisiert worden ist!

Frau/ke Nippel,  
 Mitglied der Juso-AG  
 Remscheid-Lennep  
 (Brief leicht gekürzt)

## \*\*\*\*\*

dem Herzen, wenn Du bemerkst, daß in Deinem Stadtteil die bestehende Juso-AG (Lennep) sich nicht nur zu "lockeren Stammtischrunden" trifft, sondern aktiv politisch zu arbeiten versucht. Das wis-sen wir und wollen dies auch überhaupt nicht bestreiten. Vielleicht ist Dir aber nicht bewußt, daß in Deinem Stadtteil derzeit die einzige Juso-AG besteht und die Gründung von weiteren AGs durch den neuen Vorstand systematisch behin-dert wird. Derselbe Vorstand, der mit dem von Dir gebildeten Konzept der Ortsvereine einverstanden ist, tut in den anderen Ortsvereinen alles, um die dortigen Juso-Gruppen auf "Stammtisch-Ebene" zu halten. Vorschläge von uns zu politischen Themen und Aktivitäten werden von den Vorstandsvertretern jedesmal abgelehnt, mit der Begründung, man wolle sich schließlich nur zum Stammtisch treffen! Wir sind jedoch mit Dir der Meinung: ein Stammtisch kann zwar eine sinnvolle E r g a n z u n g, aber keinesfalls ein E r -s a t z für politische Arbeit sein.

Was Du von uns zu "befürchten" hät-test, wäre aktiv Juso-AGs in allen Stadt-teilen und nicht nur "Stammtische" aufbauen würden!

- daß wir weiterhin monatliche Mitglie-derversammlungen auf Unterbezirks-ebene einberufen würden, die den Vor-stand kontrollieren können und solidarisches über Juso-Politik und deren prak-tische Umsetzung diskutieren, wozu der jährliche Vorstand trotz Beschluß der Jahreshauptversammlung nicht tut.

Wir werden auch weiterhin innerhalb der Remscheider Jusos wie auch in der Arbeiterbewegung allgemein für eine so-zialistische Politik kämpfen. Welche Al-ternative gibt es sonst zu einem bankrot-ten kapitalistischen System, das immer weniger in der Lage ist, der arbeitenden Bevölkerung elementare Ansprüche zu sichern?

Mit solidarischen und sozialistischen Grüßen  
 Iris Cinkel  
 (im Auftrag der Redaktion)

## \*\*\*\*\*

Stellungnahme der Redaktion zum Leserbrief von Frauke:

Liebe Frauke!  
 Zunächst wir uns bei Dir dafür bedanken, daß Du Dich mit Deiner Kritik offen und so direkt an uns wendest. Das ist leider... den Remscheider Jusos nicht mehr überall üblich. Wir hätten uns ja-doch gewünscht, daß Du Dich vielleicht auch zu den unersichtlichen, unpolitischen und persönlichen Angriffen seitens des jetzigen Vorstands geäußert hättest.

Viele der Anträge des jetzigen Vor-standes waren jedoch nie oder nur über-berst selten bei diesen Versammlungen anwesend - leider auch Du nicht. Wir sind nämlich keineswegs erfreut über die Teilnahme von durchschnittlich nur 20 GenossInnen bei Mitgliederversamm-lungen in Remscheid.

Zur Veranstaltung mit Günter Waltruff:

1.) Du nimmst dies als Beispiel für unsere "Überaktivität". Tatsache ist jedoch, daß wir absolut niemandem davon gehindert haben, sich an den Vorbereitungen und an der Durchführung des Wohlkampfes zu beteiligen. Im Gegenteil. Bei zwei Mit-gliederversammlungen und in einem Rundschreiben wurden alle Genossen aufgefordert, in der Wohlkampfkommis-sion mitzuarbeiten und an der Durchfüh-rung des Wohlkampfes teilzunehmen. In der Wohlkampfkommision saßen dann doch wieder rund zum allergrößten Teil die aktiven VORAN-Genossen!

2.) Die Leute, die bei ihren Redebeiträ- gen auf Notizen zurückgriffen, waren keinesfalls mit "konzeptionen bewoffe-net". Nicht allen fällt es leicht, vor über 600 Leuten (!) völlig frei zu reden - mi-ndestens dann nicht, wenn man nicht nur reden, sondern auch etwas sagen will! Die Bezugnahme auf das Thema, die "Bild"-Methoden wie auch die Presse-

## Wir antworten

freiheit im allgemeinen, wor in unseren Diskussionsbeiträgen durchweg vorhan-den; der Widerspruch zwischen der im Grundgesetz garantierten Pressefreiheit und der Wirklichkeit; die Tatsache, daß sich immer noch führende SPD-Politiker zu Interviews mit "Bild" hergeben; die Forderung nach Entgeltnung des Springer-Konzerns; u.a.

3.) Der Saal "leerte" sich nicht. Allerdings verließ ein kleiner Teil des Publikums die Veranstaltung, nachdem Günter Wal-truff seinen spannenden Bericht über die "Bild"-Praktiken beendet hatten; während der Pause, bevor die Diskussion über-haupt eröffnet wurde, um 21:30 Uhr. Die meisten Leute sind trotz der vorgerück-ten Stunde bis zum Schluß geblieben. Bei den Diskussionsreden, waren die VORANler bei weitem nicht überreprä-sentiert. Tatsache ist, daß jeder der Wort kam, der sich geäußert hatte. Dem-entsprechend war es eine sehr vielseitige und gute Diskussion; auch die Jusos, die sich nicht zu VORAN zählen, hätten sich ohne weiteres an der Diskussion beteil-igen können, ohne sich irgendwo "zwischenqueischen" zu müssen.

Soweit zu unserer Einschätzung dieser Veranstaltung. Wenn einigen die Veran-staltung trotz allem nicht gefallen hat, so hätten sie auf der nachfolgenden MV diese Kritik offen vorbringen sollen. Dies ist nicht geschehen. Stattdessen haben sich alle die Lorbeeren an den Hut ge-steckt, die die Parteispitze für den ge-lungenen Wohlkampfbeitrag der Jusos verteilt. Und zusätzlich wurde ein hal-bes Jahr später anschließend der Vorstan-d wahlen versucht, anhand dieses Punktes unsere gesamte Arbeit zu verleumdern. Wir finden, daß dies keine solidarische Art der Auseinandersetzung ist. Sie bringt die Juso-Arbeit nicht weiter.

Was die Juso-Arbeit in den Stadtteilen betrifft, so haben wir hier sicherlich kei-nenlei Differenzen. Im Gegenteil, auch wir hatten in unseren Arbeitsprogrammen für den Vorstand (das im übrigen Wochen-früher veröffentlicht wurde!) vorge-schlagen, die Bildung von Juso-AGs in allen Remscheidern Ortsvereinen durchzuführen. Du sprichst uns geradezu aus

# JUSO-BUNDESKONGRESS

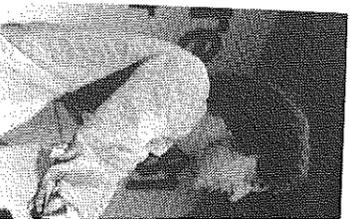
# EIN HALBER SCHRITT NACH VORNE

Hans-Gerd Olfinger, Juso-Mitglied, Remscheid



Willy Piecyk

"Unberberkbar's Gegensätze?"



Klaus-Peter Wolf

Beim Juso-Bundeskongress Ende Juni in Lahnstein schien es vordergründig um die Frage zu gehen, ob Willy Piecyk Bundesvorsitzender bleibt oder Klaus-Peter Wolf ihn ablöst. Harte Wortgefechte erweckten den Eindruck, als gebe es zwischen den beiden Kandidaten und den von ihnen repräsentierten Flügeln auch unüberbrückbare Gegensätze. Daß aber die als "Stamokaps" und "Reformisten" bezeichneten Flügel politisch gar nicht so weit voneinander entfernt stehen, zeigte das vom Kongress mit breiter Mehrheit verabschiedete wirtschafts- und sozialpolitische Grundsatzprogramm.

Die bürgerliche Öffentlichkeit war schockiert; wollen doch die Jusos über 100 Unternehmen und Banken vergesellschaften. Die Tagesschau sprach davon, daß jetzt jedes Café um die Ecke drangeblauen müsse!



In der Tat: Es ist ein großer Fortschritt für den Juso-Verband, daß überhaupt einmal ein solches Programm entstanden ist, das die wichtigen Schaltstellen der wirtschaftlichen Macht beim Namen nennt.

Solange alle diese Unternehmen in kapitalistischem Privatbesitz bleiben, solange wird die Wirtschaft nie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung funktionieren können. Allerdings fehlen in dieser Aufzählung immer noch eine Reihe wichtiger Konzerne und fehlen ganze Wirtschaftszweige, die vielleicht nicht die mächtigsten innerhalb des Kapitals sind, die aber auch für das Funktionieren einer sozialistischen Planwirtschaft entscheidend sind.

Aber unsere Kritik beschränkt sich nicht darauf, daß das Programm nur 100 Konzerne nennt, während wir in VORAN immer wieder betonen, daß erst die Verstaatlichung des Großteils der Industrie — also der 200 größten Industriekonzerne, der Banken und der Versicherungen! — die Wirtschaft planbar macht. Wie soll nun diese Vergesellschaftung laut Juso-Programm vor sich gehen?

Interessanten Aufschluß geben die hier aufgeführten "Detailprob-

leme". Da wird zunächst einmal gesagt, daß Unternehmen, die in mehrheitlich ausländischem Besitz sind, von der Vergesellschaftung verschont bleiben sollen. Aha, so kann man sich also erklären, warum Opel, Ford, die Dikonzerne, SEL und andere "große Fische" doch lieber privat bleiben sollen. Und warum? Weil deren Vergesellschaftung, so die Verfasser, "... Verbindungen mit dem Weltmarkt gefährden und überdies erhebliche rechtliche und ökonomische Probleme aufwerfen" würde. Also Kapitulation vor den Paragrafen und bürgerlichen Richtern?

Das zweite "Detailproblem" besteht darin, daß die Tochtergesellschaften von vergesellschafteten Unternehmen wieder in Privat-hand zurückgegeben werden können. Wieso eigentlich?

Und weiter heißt es unmißverständlich, daß für die vergesellschafteten Unternehmen bzw. ih-

auch die Krise der Bundesbahn haben hauptsächlich die Automobil- und Mineralölkonzerne zu verantworten.

Selbst in den westlichen Ländern, in denen der Staatsteil an der Industrie schon viel größer ist als bei uns, ist der Staat nach wie vor ein Instrument der herrschenden Klasse. Die Lage der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst unterscheidet sich durch nichts grundlegendes von der Lage der Arbeiter und Angestellten in privatkapitalistischen Betrieben.

In den weiteren Stufen des Modells werden dann die Konzerne und Firmen genannt, die zur Vergesellschaftung anstehen. Dabei fehlen, wie schon oben gesagt, wichtige multinationale Konzerne, deren deutsche Ableger ein beachtliches Gewicht haben. Im Bereich des Verlagswesens sind zur Vergesellschaftung nur Bertelsmann, Springer und Bauer vorgesehen. Kein Wort von den anderen großen Zeitungsmonopolen! Kein Wort von den Tagesszeitungen, die sich weitgehend in bürgerlicher und konservativer Hand befinden! Kein Wort von regionalen Zeitungsmonopolen! Solen die etwa in einer sozialistischen Gesellschaft weiterhin die Wahrheit verzerren und unliebsame Nachrichten unterdrücken dürfen?!

So zeigt sich beim näheren Durchlesen, daß dieses "Grund-

satzprogramm" noch sehr viele Lücken enthält. Vor allem: es ist durch und durch reformistisch!

Denn eines muß uns klar sein: die Erkämpfung einer sozialistischen Gesellschaft wird auf den erbitterten Widerstand des Großkapitals stoßen. Wie in Chile 1973 (Pinochet-Putsch!), in Spanien unter Franco, oder in Deutschland unter Hitler werden die Herrschenden zu allen blutigen Methoden der Unterdrückung greifen, wenn es ums Ganze geht: ihren Besitz werden sie sich auch nicht auf reformistische Weise nehmen lassen!

Deshalb bleiben uns nur zwei Wege: entweder Kapitalulieren wir von vorneherein vor diesem erbitterten Widerstand und geben uns mit dem Versuch zufrieden, dem Kapitalismus einen sozialen Anstrich zu verleihen. Dies tun unsere gegenwärtigen SPD- und DGB-Führer. In "schlechten Zeiten" blättert der Anstrich ab. Der Kapitalismus kann sich da keine Zugeständnisse mehr leisten. Die ganze schöne "Reformpolitik" läuft dann darauf hinaus, unseren Lebensstandard und die Sozialleistungen abzubauen.

Oder wir bereiten uns entschlossen auf die schwereren sozialen Auseinandersetzungen vor, die vor uns liegen. Dann müssen wir darauf hinarbeiten, mit der geballten Kraft der Arbeiterbewegung die Macht des Kapitals zu brechen.

Die Verfasser des Juso-Grundsatzprogramms wollen zwei un-

Hinweis: VORAN wird demnächst eine Broschüre herausgeben, die sich mit allen grundsätzlichen Fragen einer sozialistischen Strategie befaßt.

## Kampffonds

SPENDENKONTO:  
Angela Bank, Pöschel, Essen  
2422 50-432

## Gutes Halbeitergebnis - weiter so

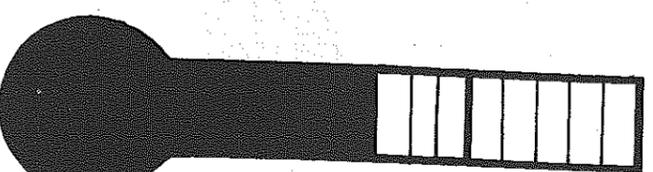
Die Sammlungen für unseren Kampffonds sind im ersten halben Jahr ganz gut angelaufen. Insgesamt sind bis zur "Halbzeit" 6.599,54 DM eingegangen; das sind gemessen an unserem Jahresziel von 15.000 DM knapp 90% des Halbjahreszieles. Den kleinen Rückstand müssen wir im zweiten Halbjahr unbedingt wieder reinholen. Wie wichtig diese Spenden besonders für unsere Veröffentlichungen sind, kann jeder Leser ermessen, der unsere neue Broschüre "Jugend für den Sozialismus" gelesen hat. Auf diese Broschüre hatten wir bisher ein außerordentlich positives Echo. Die Vorfinanzierung war nur durch unseren Kampffonds möglich, allein die Druckkosten beliefen sich auf über 3.000 DM. Weitere Veröffentlichungen stehen noch an: eine Broschüre zu den Positionen der verschiedenen politischen Strömungen bei den Jungsozialisten im Unterschied zu unseren Standpunkten.

Außerdem stehen im Spätsommer und Herbst zwei große bundesweite Demonstrationen bevor. Am 19. September in Nordhessen gegen die Wiederaufbereitungsanlage und am 10. Oktober in Bonn zur Frage Fried-

15.000,-

10.000,-

5.000,-



seits Geld für VORAN, weil sie wissen, daß wir darauf angewiesen sind und von niemandem sonst Unterstützung erhalten. Wir können hier nur einige Beispiele stellvertretend erwähnen:

\*Beim Treffen der Sozialistischen Jugend in Wien brachten unsere VORAN-Verkäufer aus Verkaufserlösen und Spenden rund 1.100,- DM zusammen.  
\*Bei einem VORAN-Seminar spendeten die Teilnehmer 467,35 DM und versprachen, bis Ende August insgesamt weitere 1.000 DM für die Zeitung zu sammeln.  
\*Aus Stuttgart erreichten uns im letzten Quartal 1386,80 DM.

Der diesjährige Bundeskongress der Jungsozialisten (siehe Bericht in dieser Ausgabe) hat gezeigt, daß sich die anderen politischen Strömungen bei den Jusos nur auf ein reformistisches Programm geeinigt haben. VORAN ist damit die einzige marxistische Opposition nicht nur in der SPD, sondern auch bei den Jusos. Heißt uns deshalb durch eure Spende mit, daß VORAN zu einer stärkeren und mehrheitlichen marxistischen Tendenz aufgebaut wird!

Krawalle in Berlin und Nürnberg, Straßenkämpfe in Zürich, London und Liverpool, politischer Mord in Italien, Beinahe-Bürgerkrieg in Belfast, Bombenattentate in europäischen Großstädten und auch Guerilla-Kriege in der Dritten Welt... Diese Gewalttaten finden jeden Tag statt. Viele Menschen sind davon abgestoßen, verzweifelt und verärrt. Aber Sozialisten kommen nicht darum herum, nach der Ursache dieser Zustände zu fragen.

Laßt uns darüber im klaren sein, wie Marxisten zu Gewalt stehen. Weder wollen sie noch befürworten sie die Gewalt. Wir haben das Ziel einer gewaltfreien sozialistischen Gesellschaft. Wir weisen die Lügen unserer Kritiker zurück, die behaupten, der Marxismus befürworte, ja verursache sogar die Gewalt. Für die Anhänger des Kapitalismus ist jede Bewegung der Arbeiterklasse — zum Beispiel Streik oder Demonstration — eine Gewalttat gegen den bestehenden "demokratischen" Staat. Aber Gewalt findet nur dann statt, wenn die Interessen zweier Klassen aufeinander stoßen. Der Marxismus erkennt und erklärt das; ist aber selber nicht die Ursache. Die einzige Ursache ist die Klassengesellschaft. Und solange dieses Gesellschaftssystem bestehen bleibt und die sozialen Mißstände und Ungerechtigkeiten zunehmen, solange müssen wir auch mit viel schärferen Konflikten und Gewalttaten rechnen.

Auf der anderen Seite lehnen wir die Argumente der angeblich auf "Moral" bedachten Vertreter des Kapitals ab, die "jede Gewalt ablehnen". Sie verurteilen Bombenattentate, Demonstrationen usw., aber sie würden keine Sekunde zögern, die Jugend der Nation in einen blutigen Krieg zu schicken, um "das Vaterland zu verteidigen"... oder, was aktueller ist: sie machen sich nichts daraus, eine "Verteidigungspolitik" zu unterstützen, die genügend Atomwaffen lagert, um den ganzen Erdball rund 200 mal in die Luft zu jagen.

Politische Gewalt wurzelt im Klassenkampf. Aber wir müssen uns fragen, ob man auf diese Weise die Klassengesellschaft beseitigen kann.

Der "linke" Terrorismus beansprucht für sich, einen Schlag gegen den Kapitalismus und für die Arbeiter zu führen, indem er Bombenschläge gegen Politiker inszeniert und Polizeispitzen erschließt. Für Marxisten stellt sich folgende Frage: Wachen Politiker, Polizeispitzen und Kapitalisten alleine schon das kapitalistische System aus? Und braucht die Arbeiterklasse solche Methoden, um den Kapitalismus anzugreifen?

Glauben Terroristen wirklich, der kapitalistische Staat bestehe aus einzelnen Persönlichkeiten? Kapitalismus ist ein soziales und wirtschaftliches System, dem gewisse Regeln zugrunde liegen. Die wichtigste davon ist der Schutz der Profite. Kapitalismus ist nicht einfach eine Clique ein-

zelner Kapitalisten. Mitglieder der superreichen Klasse sterben ohnehin — entweder aus Altersgründen, oder weil sie sich auf Banketts vollfressen, oder weil sie zu lange am Mittelmeeresstrand liegen. Ob der Chef eines Familienunternehmens oder eines multinationalen Großkonzerns von seiner Yacht ins Wasser stürzt, oder erschossen wird: das stört den Lauf des Kapitalismus überhaupt nicht.

Der Kapitalismus braucht den bürgerlichen Staat mit seinen Polizeichefs, Politikern und Gesetzgebern. Ihre Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen für den Profit zu gewährleisten. Sie sind

## Politische Gewalttätigkeiten

# INDIVIDUELLEN MARXISTEN

Gründung ihrer Parteien und Gewerkschaften haben sie sich eine

die Werkzeuge, die sich der Kapitalismus mit Privilegien und hohen Gehältern erkaufft. Wenn ein Werkzeug eines Handwerkers kaputtgeht, kauft er einfach ein neues, das die gleiche Arbeit verrichtet. Nicht anders macht es der Kapitalismus. Der endgültige Beweis für die Sinnlosigkeit des individuellen Kampfes ist einfach: wenn es mit Anschlägen auf die Kapitalisten persönlich schon möglich wäre, die Arbeiteressen durchzusetzen — wozu wären dann noch Klassenkampf, Arbeiterparteien und Gewerkschaften nötig?

### Profitgier

Was die Befürworter des Terrorismus nicht begreifen können oder wollen, ist: 1.) Kapitalismus basiert auf der Profitgier und nicht auf Profitgierern. 2.) Nur die Bewegungen und Kämpfe der Arbeiterklasse stellen den echten Terror für die Kapitalisten dar.

In der ganzen Geschichte des Kapitalismus haben sich die Arbeiter gegen die Unternehmer zusammengeslossen. Mit der

Spitze gelangen. Führende Vertreter der ersten Terroristengeneration wie Ulrike Meinhof oder Gudrun Ensslin waren in den frühen 60er Jahren sogar Sympathisanten oder Wahlhelfer der SPD. Doch dann erblickten sie wie andere Terroristen auch eine starre Bürokratie in der Arbeiterbewegung und wandten sich frustriert ihren Traum"lösungen" zu. Sie glaubten, daß sie mit Gewalttaten den Staat zur Errichtung einer Polizeidiktatur zwingen könnten, die durch eine Art Zauberei die Revolution ausbrüten würde. Selbst wenn das stimmt, würde sich die Arbeiter auch nur durch ihre traditionellen Organisationsbewegen, und die befinden sich gegenwärtig nun einmal in den Händen der von den Terroristen so gehaßten Bürokraten. Aber so weit würde es nicht kommen weil die Reaktion des Staates auf terroristische Anschläge eine Propagandakrieg gegen den Sozialismus auslösen würde, der selbnegleichen in der Geschichte suchen müßte.

### Statt Politik

Der "linke" Terrorismus war nie in der Lage, die zwei Dinge zu schaffen, die zur Kontrolle der Arbeiter über die Gesellschaft notwendig sind: die Arbeiterorganisationen zu stärken und eine Arbeiterführung aufzubauen. Die Terroristen waren nie fähig, in den Massenorganisations zu arbeiten, weil sie Zeit brauchen, um ihre Chemikalien aufzutreiben und zu präparieren. Sie konnten den Massen ihre Politik nicht erklären, weil sie sich äußerst geheim halten mußten. Die RAF ist nur aufgrund ihrer lauten Knalle bekannt geworden, aber keiner kennt ihre Politik. Sie können es sich nicht leisten, Mitgliedervollversammlungen abzuhalten, um ein politisches Programm auszuarbeiten, weil dies zu gefährlich wäre!

### Arbeiterbewegung

Die größte Gefahr des Terrorismus sind nicht die Explosionen, die er inszeniert, sondern die Tatsache, daß er teilweise von frustrierten Jugendlichen als Alternative zur Arbeiterbewegung angesehen wurde (und wird), die sie für verbürokratisiert und heuchelisch halten. Bürokratie und Heuchelei sind sicherlich vorhanden, aber wer (wie die Anhänger des Terrorismus) sagt, daß die Arbeiterorganisationen die Arbeiterklasse niemals zum Sieg führen könnten und Agenten der herrschenden Klasse sein, der zeigt, daß er die Arbeiterorganisationen und ihre Geschichte nicht versteht. Viele rechte Gewerkschaften und Parteien sind unter dem Eindruck der kapitalistischen Krise und dem daraus folgenden Druck der eigenen Mitgliedschaft gezwungen worden, sich zu verändern und zu kämpfen. Die Angriffe auf den Lebensstandard und Erfahrungen im Kampf selbst werden in den nächsten Jahren dazu führen, Apparate aufgebrochen und die Gewerkschaften wieder zu echten Kampfinstrumenten werden können. In diesem Prozeß werden die neuen Arbeiterführer an die

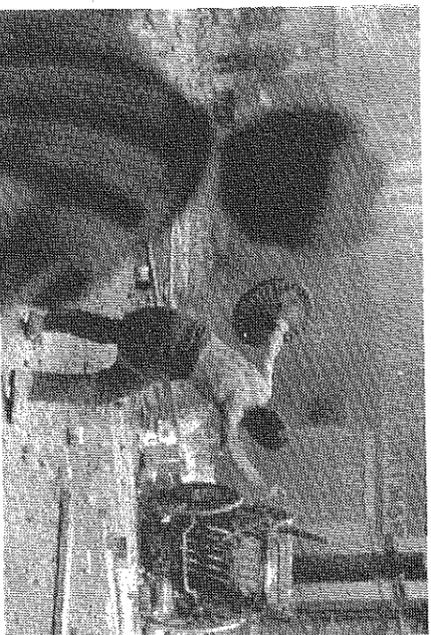
## Nordirland

# Für Arbeiter Einheit statt Terrorismus

Die Hungerstreiks der in nordirischen Gefängnissen unter unmenschlichen Bedingungen einsitzenden IRA-Angehörigen haben wieder verstärkt die internationale Aufmerksamkeit auf das Problem Nordirland gelenkt. In ganz Europa haben Solidaritätskomitees die Fragen der Haftbedingungen aufgegriffen und die allgemeine Anerkennung all dieser Gefangener als politische Gefangene gefordert.

- \* Die Irischen Marxisten um die Monatszeitung "Militant" haben für die Haftbedingungen der Gefangenen ebenfalls eine Reihe von Mindestforderungen aufgestellt, so z. B.:
- \* Regelmäßige Besuche und Empfang von Lebensmittelpaketen und Zeitungen.
- \* Das Recht darauf, die eigene Wäsche und Kleidung zu tragen.
- \* Ausreichende Möglichkeiten zur Arbeit, zur Fort- und Weiterbildung.
- \* Das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung.
- \* Das Recht, sich zu Clubs und Vereinen zusammenzuschließen.
- \* Die Wahl von Sprechern und Vertrauensleuten.

Gleichzeitig lehnen die Genossen von "Militant" eine allgemeine Amnestie und Freilassung für alle Gefangenen ab. Denn alle terroristischen Mörder nehmen für sich in Anspruch, politische Gefangene zu sein. Auch diejenigen aus Jahren IRA-Kommando, die vor einigen Jahren einen Bus mit von der Arbeit zurückföhrenden Arbeitern anhielten, die protestantischen Arbeiter herausschleuderten und sie auf der Stelle erschossen. Oder der IRA-Häftling MacFarlane, der ohne Vorherige Warnung in einem protestantischen Stadtviertel in einer Kneipe eine Bombe legte und danach



Soziale Probleme stecken hinter dem "Religionskrieg"; die terroristische IRA trägt dazu bei, falsche Fronten aufzubauen.

die aus der Kneipe Heraussetzenden erschloß, wobei auch ein zufällig vorbeigehendes 15jähriges Mädchen getötet wurde!

Deshalb fordern die Irischen Genossen, daß die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung noch einer genaueren Untersuchung der Einzelfälle entscheidet soll, wer ein politischer Gefangener ist und wer nicht. Sie lehnen den individuellen Terrorismus der IRA ebenso ab wie die Unterdrückung durch die britische Besatzungsarmee. Die Verteilung von der Bevölkerung selbst durchgeführten der IRA. Monde der IRA und der protestantischen paramilitärischen Organisationen

können nur die Spaltung der Arbeiterklasse vertiefen. Sie schwächen damit die einzige Kraft, die fähig ist, die sozialistische Revolution durchzuführen, die britischen Truppen aus dem Land zu treiben und Irland wieder zu vereinigen. Die Irischen Marxisten treten als ein-zige politische Strömung vorbehaltlos für die Einheit aller Arbeiter ein. Trotz aller sektiererischen Anschläge sind die Gewerkschaften in den letzten Jahren weitgehend intakt geblieben. 300.000 katholische und protestantische Arbeiter sind in denselben Gewerkschaften organisiert und kämpfen gemeinsam gegen einen Feind: das Kapital!

### Sackgasse

Die Wurzeln solcher terroristischer Bewegungen sind deutlich zu sehen. Die meisten entstehen aus unterdrückten M

# GEGEN TERRORISMUS

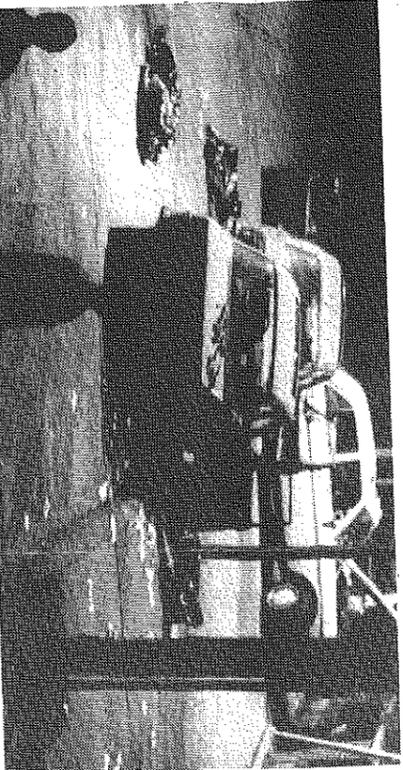
denheiten, die keinerlei wirtschaftliche oder politische Macht in der kapitalistischen Gesellschaft haben. Wenn ihre Probleme nicht als Probleme einer Klassengesellschaft verstanden werden, führt dies zur Frustration, besonders unter der Jugend. Weil sie auf keiner anderen Ebene kämpfen können, begeben sie sich in die Sackgasse des Terrorismus. Beinahe in jedem Fall heißt Terrorismus: Politik der Verzweiflung.

Selbst die PLO, die ja die volle Unterstützung des palästinensischen Volkes genießt, wendet in ihrer Perspektivlosigkeit terroristische Mittel an, und schließt merkwürdige Bündnisse mit reaktionären Bewegungen wie z.B. mit Chomeini im Iran. Weil sie keine wirtschaftliche Macht ausüben konnte, war es den briti-

tumsrecht des Besitzers ablehnte, den Betrieb zu schließen und sie arbeitslos zu machen. Jetzt soll die Gewerkschaft Chemie-Papier-Keramik dafür eine Geldstrafe entrichten.

Oder ist es etwa gerecht, daß 141 Jugendliche, die sich im Nürnberger Jugendzentrum KOMM aufhielten, als Verbrecher dargestellt und verhaftet wurden, weil sie das Recht des Eigentümers ablehnten, Häuser leerstehen zu lassen, während so viele Leute obdachlos sind? Es war schon immer so, daß Leute, die die Vorrechte der herrschenden Klasse anprangerten, als Verbrecher dahingestellt und behandelt wurden — denken wir nur an die "Sozialisten-Gesetze" von 1878!

Bei Demonstrationen sieht man die Polizei in Kampfausrüstung;



Die Folge des Schleyer-Attentats: die staatliche Besitzergelung wurde ausgebaut — auch fortschrittliche Betriebsräte sind "verfaßt" und werden in ihrer Arbeit behindert.

schon imperialistischen Kräften leicht, sie zu verdrängen und dem israelischen Staat Platz zu machen. Nur aufgrund des arabischen Ois sind die imperialistischen Mächte durch politischen Druck gezwungen worden, ihre Meinung zum Palästina-Problem zu ändern.

## Gewalt und Gesetz

Wenn man die Frage politischer Gewalt untersucht, muß man sich den kapitalistischen Staat und die Gewalt, die durch ihn provoziert wird und von ihm ausgeht, vor Auge führen.

Marxisten haben immer erklärt, daß der Staat ein Machtorgan ist, das von der herrschenden Klasse zur Absicherung ihrer Macht errichtet wird. Ein Polizeichef würde nie sagen, daß er im Interesse einer einzelnen Klasse handelt, sondern im Sinne des Gesetzes. Aber dieses Gesetz wurde von den Vertretern der kapitalistischen Klasse geschrieben. In unserer Gesellschaft wird es scheinbar akzeptiert, daß lediglich der Staat das Recht hat, Gewalt auszuüben.

1975 besetzte die Belegschaft des Zementwerks Sebel und Söhne in Ewitte bei Lippsstadt den Betrieb, weil sie das Eigen-

umso beschränkter sein Handlungsspielraum, desto mehr wird es gezwungen sein, noch härter durchzugreifen.

## Widerstand nimmt zu

Gewalt bei Demonstrationen gehört zum politischen Alltag. In den letzten Jahren stellt die Welt ein Bild der wirtschaftlichen Krisenanfälligkeit des Kapitalismus dar, die zu Kürzungen in allen sozialen Bereichen, zur Arbeitslosigkeit — besonders unter der Jugend — führt. Aus diesen Gründen wird politische Aktivität zunehmend gefühlsgeladener — ein gutes Beispiel ist die Anti-AKW-Bewegung in der Bundesrepublik. Es gab schon immer Widerstand gegen Atomenergie, aber erst in den letzten Jahren ist das wahre Ausmaß der Fahrlässigkeit deutlich geworden, die der man Millionen für unnötige Atomkraftwerke ausblüht. Die AKW-Gegner kommen aus allen Teilen der Gesellschaft aber insbesondere aus der Jugend, die sauer ist, weil sie mit am meisten unter kapitalistischen Kürzungen zu leiden hat.

## Gewalttätige Demonstrationen

Den großen Teil der Schuld tragen die Behörden. Sie tun ihr bestes, die Genehmigung für eine Demonstration hinauszuzögern oder sie erst gar nicht zu erteilen oder die Marschroute in letzter Minute zu ändern. Es gab Fälle, wo direkte Provokationen durch die Polizei zu gewalttätigen Demonstrationen geführt haben. Aber warum das öfters passiert, ist eine politische Frage. Neulich diskutierten Bürgerinitiativen und Hausbesetzer im Fernsehen die Frage "Gewalt als politische Waffe", d.h. ob man gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei provozieren, Helme tragen und sich in militärischen Formationen aufstellen sollte. Dadurch meinen sie, größere Aufmerksamkeit auf ihre Forderungen zu lenken.

Was ist nun der Zweck einer Demonstration? Sie muß die normalen Bürger durch Flugblätter, Parolen, Forderungen und ein starkes Aufgebot auf den Straßen auf Mißstände, Kritik und Alternativen aufmerksam machen. Sie muß auch alle betroffenen Gruppen — Bürgerinitiativen, Interessengruppen und die Arbeiterbewegung — verbinden und vor allem einzelne Leute ansprechen, die sich für eine besondere Sache engagieren und die dadurch für eine längerfristige Aktivität gewonnen werden könnten.

Gewalt oder offene Provokation ist selten der Demonstration wird die Beteiligung der meisten dieser Gruppen nicht sicherstellen, sondern wird zu kleinen, unwichtigen Demonstrationen

## Lenin über Terrorismus Bomben kein Ersatz für Klassenkampf

In der alten russischen Sozialdemokratie hat sich die marxistische Strömung um LENIN mit dem Kompromißlosen politischen Kampf gegen alle "sozialistischen" Anhänger des individuellen Terrorismus führte.

"Die erste und grundlegende Lehre ist die", schrieb Lenin am fünften Jahrestag der Revolution von 1905, "daß nur der revolutionäre Massenkampf Instände ist, einigermassen ernsthafte Verbesserungen im Leben der Arbeiter und in der Verwaltung des Staates durchzusetzen. Keine 'Symptome' der gebildeten Leute für die Arbeiter, kein heroischer Kampf terroristischer Selbstherrschafft und die Allmacht der Kapitalisten untergraben."

Schon 1902 setzte sich Lenin kritisch mit der Taktik der politischen Morde auseinander: "Wir meinen, daß ein soziales Hundert Zehntausende Wirkung aufzuführende und erzielenswerte Wirkung ausüben kann wie diese einzige Beteiligung von Zehntausenden Arbeitern an Versammlungen, in denen ihre lebenswichtigen Interessen und der Zusammenhang der Politik mit diesen Interessen besprochen werden..."

In seiner bekannten Schrift "Was tun?" bezeichnet Lenin die Terroristen als "Arbeiter... der Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeiten haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verlor oder nie besessen hat, dem fällt es tatsächlich schwer, für seine Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror."

"Wie außerordentlich klug, nicht wahr: das Leben eines Revolutionärs hingehen für einen Racheakt an dem

führen. Das einzige, was die "Öffentlichkeit" hören wird, ist das Jammern der Presse ("Chaoten", "Kriminelle" und "Terroristen")."

## Hausbesetzung

Wie weit Hausbesetzer gehen sollen, ist eine wichtige Frage. Klar ist, daß sie so lange wie möglich im Haus bleiben sollen.

Aber wie lange sie da bleiben, hängt einzig und allein von ihrer Unterstützung in der benachbarten Bevölkerung ab. Das wichtigste bei Hausbesetzungen ist, soviel Unterstützung wie möglich aus den Betrieben und durch Mitglieder der SPD und der Gewerkschaft in der Umgebung zu gewinnen. Nur auf diese Weise wird die Polizei davon zurückgeschrecken, paramilitärische Einheiten in das Haus zu schicken, um es zu räumen. Das hat man z.B. in Berlin gesehen: Dort ist es den Besetzern gelungen, Häuser langfristig auch besetzt zu halten, weil sie wirklich von der Bevölkerung unterstützt wurden. Aber Straßenbeschlachten mit der Polizei bringen nur verletzte Demonstranten und gewinnen meistens nicht die Solidarität der Arbeiterklasse.

Die Ursache der Gewalt muß also an der Unfähigkeit des kapitalistischen Staates liegen, in auch nur eines der Probleme in unserer Gesellschaft zu lösen: mangelnde Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, steigende Preise...

## Geduldig die Mehrheit überzeugen

Diese Dinge sind die wahren Ursachen der Frustration und der blinden Wut besonders unter der



V. I. Lenin (1870-1924)

Schurken Stipjagin, an dessen Stelle der Schurke Plehwe tritt — das ist große Arbeit", sagt Lenin ironisch in einem Artikel über "revolutionäres Abenteuerum". "Das unmittelbare Handgegriffliche und Sensationelle der Erhebung verwechseln sie mit dem Proklamieren. Die Forderung, unbedingtem auf den Klassenstandpunkt zu stehen und den Massencharakter der Bewegung zu wahren, ist für sie 'unbestimmtes Theoretisieren!'"

Jugend. Für Marxisten ist es klar: Eine wichtige Rolle für diese blinde Wut spielt die Unfähigkeit der heutigen Führer der Arbeiterbewegung, eine Alternative aufzuzeigen. Seit einigen Jahren tun diese alteingesessenen und an ihren Posten klebenden Funktionäre, die SPD-Regierung und die Gewerkschaftsspitzen fast gar nichts, um die Probleme zu lösen, mit denen Jugendliche heute zu kämpfen haben. Anstatt die Probleme gründlich anzupacken, haben sie sich den Wünschen der Unternehmer gefügt, und sie verursachen so nur weitere Probleme.

Wir müssen in der SPD und bei den Jusos um eine alternative Politik für die Arbeiterbewegung kämpfen. Nur so werden wir diese Wut und Frustration in einen konstruktiven politischen Willen umwandeln können. Wir müssen den Jugendlichen klarmachen, daß es keinen anderen Weg gibt, als die Gesellschaft zu ändern, als durch die traditionellen Arbeiterorganisationen. Aber solange die SPD-Führer wie auch die Jusos es nicht schaffen, der unzufriedenen und nach echten Alternativen suchenden Jugend ein überzeugendes Programm und einen sozialistischen Ausweg anzubieten, solange werden in Zukunft neue Schichten von Jugendlichen mit gewaltsamen Mitteln sich einen Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse bahnen versuchen.

Stuart Garvie  
Mitglied der Jusos  
Köln, Altstadt-Nord

# MITTERBRAND MUSS FARBE BEKENNEN

ANGELA  
BANKERT

## Fortsetzung von Seite 1

Die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) verlor knapp die Hälfte ihrer Parlamentsitze, davon die meisten an die Sozialisten und schrumpfte von 86 auf 44 Mandate. Die Kommunisten hatten vor und während der Wahlkampagne konsequent eine Politik der Anpassung und des Opportunismus betrieben. Sie schnecchten nicht einmal davor zurück, die Ausländerfeindlichkeit für sich auszunutzen und sogar selbst anzustacheln.

### Niedergang der KPF

So erklärte KP-Chef Marchais zur Eröffnung der Wahlkampagne: "Jawohl, wir verlangen, daß mit der Einwanderung Schluß ist. Sie fortzusetzen, bedeutet, daß noch mehr französische und ausländische Arbeiter arbeitslos werden." In Damarie-les-Lyr wollen die Kommunistischen Stadtyerordneten ein Wohnheim für 380 ausländische Arbeiter zum Apartmentsblock für französische Familien umbauen. Und in Vitry-sur-Seine stürmten kommunistische Schlägertrupps an der Spitze der kommunistische Bürgermeister ein neu erbautes Wohnheim für 300 ausländische Arbeiter.

Sie durchschnitten elektrische Kabel und Telefonleitungen, unterbrachen die Wasserzufuhr und schoben mit Hilfe von Bull-

dozern Erdbarrieren vor die Eingänge, um das Heim unbewohnbar zu machen. Ein Vorgehen, das man eigentlich nur neofaschistischen Banden zutrauen würde.

In außen- und Wirtschaftspolitik hat sich die KPF ganz den sozialistischen Positionen angepaßt. Doch der gewöhnliche Effekt blieb aus. Vor die Wahl gestellt, zwei Parteien mit gleichen Vorstellungen wählen zu können, entschieden sich die meisten linken Wähler gleich für die größere, die Sozialistische Partei. Diese schwere Niederlage markiert den vorläufigen Tiefpunkt der seit über 10 Jahren absteigenden Entwicklung der KPF. Noch Ende der 60er Jahre waren die Kommunisten die weit aus größere der beiden Arbeiterparteien und die Sozialistische Partei eine nahezu unbedeutende Gruppierung.

## KENE WAA IN WETHEN Grossdemonstration am 19. September

Wir, die Jungsozialisten im Unterbezirk Waldeck-Frankenberg bitten alle Genossen/-nen und Genossen: Helft uns im Kampf gegen die in unserem Unterbezirk geplante atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Diemelstadt-Wethen!

In unserem direkt betroffenen ländlichen Gebiet haben wir es geschafft, auf dem Unterbezirksparteitag der SPD ein "Nein zur WAA" durchzusetzen (siehe VORAN Nr. 50). Das ist aber erst ein anfänglicher Erfolg auf dem langen Weg zur Verhinderung des Atomprogramms der Bundesregierung. Wir meinen, der Widerstand gegen das Bonner Atomprogramm muß mit einer sozialistischen Perspektive geführt werden. Wir fordern also:

- \*die Enteignung aller am Energie- und Atomgeschäft beteiligten Firmen (Versicherungen, Banken, Atomindustrie, Elektrokonzerne, Ölkonzerne, Elektrizitätserzeugung usw.) und ihre Überführung in 100%iges Gemeineigentum,
- \*die Umstellung der Atomindustrie auf eine alternative Produktion (gesellschaftlich nützliche Güter, erneuerbare Energiequellen usw.)

\*die demokratische Verwaltung und Kontrolle der enteigneten Firmen durch gewählte Vertreter der Belegschaften und der arbeitenden Bevölkerung,

\*keine sozialistische Planwirtschaft auf dem Energiesektor (natürlich ohne Atomkraft) als einziger Möglichkeit für eine sichere, billige

Auch die Beteiligung an der Regierung mit 4 Ministern wird der Kommunistischen Partei nicht die erhoffte Autorität zurückbringen, denn sie nützt in erster Linie Mitterrand. Er hat damit die KPF und besonders die kommunistischen Gewerkschaften in die Verantwortung einbezogen und eine mögliche Opposition ausschalten versucht; die KPF hat sich mit ihrem Regierungseintritt selbst die Hände gebunden. Aber was tut man nicht alles für ein paar Ministeressel...

Mitterrand hat allen Grund, eine möglichst breite Basis für seine Regierung zu suchen. Denn nach dem erdrutschartigen Sieg der Linken sind die Erwartungen der Arbeiterklasse, deren Lebensstandard infolge der kapitalistischen Krise ständig gedrückt wurde, besonders hoch. Wenn nicht umgehend grundlegende Reformen eingeleitet werden, könnten die Arbeiter leicht zur Selbsthilfe, z. B. in Form von Fabrikbesetzungen, greifen.

Fabrikbesetzungen haben in der französischen Arbeiterklasse Tradition. Der Sieg der Volksfront im Jahre 1936 löste eine Welle von Besetzungen aus; ebenso verließ der revolutionäre Mai 1968, und die anhaltende Besetzung der Uhrenfabrik LIP in Besancon, die schließlich durch Polizeieinheiten geräumt wurde, hat auch in der Bundesrepublik Aufsehen erregt.

-der Staat kann keine gesamtwirtschaftliche Planung durchsetzen

-die staatlichen Unternehmen müssen sich den marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten beugen und sich den Profitzwängen unterwerfen

-die privaten Unternehmen haben genügend Möglichkeiten, durch Sabotage und Kapitalflucht die Reformpläne der Regierung, ja sogar die Regierung selbst, zu Fall zu bringen.

Über demokratische Kontrollmöglichkeiten der Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben wird nichts Konkretes gesagt. Wahrscheinlich werden wie in anderen Fällen von Verstaatlichungen hinterher dieselben bürgerlichen Manager das Sagen haben wie vor der Änderung der Eigentumsverhältnisse.

Denn die Kapitalisten sollen nicht enteignet werden! Mitterrand will ihnen ihren Besitz (den sie durch jahrhundertlange Ausbeutung an sich gerissen haben) abkaufen. Sie sollen so stark (über-)entschädigt werden, daß die Staatskasse in allemächster Zeit mit mindestens 50 Milliarden Franc zusätzlich belastet werden wird. Frage: Was werden die Kapitalisten mit den 50 Milliarden Franc tun? Können sie damit nicht zu einem späteren Zeitpunkt die Konterrevolution finanzieren?



Ob das Programm Mitterrands, selbst wenn es ohne Abstriche durchgeführt würde, einen grundlegenden Wandel bewirken kann, ist mehr als zweifelhaft.

### Programm unzulänglich

In Frankreich ist die wirtschaftliche Macht bei den 200 Unternehmen mit über einer Milliarde Franc Jahresumsatz konzentriert. Davon sind 20 % bereits verstaatlicht.

Wenn jetzt das Verstaatlichungsprogramm der Sozialisten durchgeführt wird, so steigt der Staatsanteil auf 38 %! Davon wären etwa 10 % der in der Industrie Beschäftigten betroffen.

Der größte Teil der Wirtschaft bliebe nach wie vor in der Hand privater Unternehmer. Das bedeutet:

Diese Erwartungen Chiracs sind durchaus realistisch, wenn Sozialisten und Kommunisten die Grundlagen des französischen Kapitalismus nicht antasten. Denn auch kapitalistischer Grundlag ist auf ein unlangweiliges Reformprogramm nicht dauerhaft umzusetzen.

Die Wirtschaftskrise des französischen (sowie die des internationalen) Kapitalismus hat den staatlichen Finanzierungsplanraum auf den Nullpunkt gebracht. Dies haben die Sozialisten schon zu spüren bekommen, deshalb haben sie die versprochene Anhebung des Mindestlohnes erst verschoben und dann gefögger ausfallen lassen, als zunächst vorgesehen.

### Kein Spielraum für Reformen

Anderen Reformvorhaben wird es nicht besser ergehen, ganz abgesehen davon, daß die kapitalistische Inflation Verbesserungen des Lebensstandards schnell wieder auffressen wird. Eine solche Entwicklung könnte dann in absehbarer Zeit bewirken, daß die erste Hochtimung verfliegt und sich Unzufriedenheit mit der Regierung breit macht. Einerseits wird dies zu einem Anwachsen von Chiracs-Sammelbewegung aus Mittelschichten sowie rückständigen, enttäuschten Teilen der Arbeiterbewegung (besonders wohl der Arbeitslosen) führen. Andererseits wird es aber auch die Radikalisierung der Basis von Sozialisten und Kommunisten, die Polarisierung und die Herausbildung starker oppositioneller Flügel in beiden Parteien vorantreiben.

### Für ein marxistisches Programm

Die Aufgabe von Marxisten wird es in diesem Prozeß sein, für ein sozialistisches Programm zu kämpfen, das diesen Namen verdient:

-Für die Verstaatlichung aller 200 führenden Wirtschaftsunternehmen.

-Für eine demokratisch kontrollierte und verwaltete Planwirtschaft.

### Gefahr der Reaktion

Das Programm der Sozialisten bedeutet keinen klaren Bruch mit dem Kapitalismus. Deshalb besteht die Gefahr, daß sich Kapital und Reaktion genau wie in Chile wieder von ihrer Niederlage erholen und zurückschlagen. Auf diese Stunde bereitet sich jetzt Gaullistenführer Chirac vor, der politische Vertreter des reaktionären, kompromißlosen Flügels des Kapitals. Er spekuliert, nach einem Scheitern der Linken, vor allem auf enttäuschte Mittelschichten (Kleinbauern, Handwerker, kleine und mittlere Unternehmer usw.), die er für seine rechte Sammelbewegung gewinnen will. Auf dieser Basis hofft er, als Präsident die Neuaufgabe eines autoritären gaullistischen Regimes durchsetzen zu können.

Der Sieg der französischen Linken hat den Klassenkampf in Westeuropa auf eine neue Stufe gehoben, allein schon aus diesem Grund ist er wichtig. Er hat auch im Ausland unter der Linken Begeisterung ausgelöst. Sozialisten aller Länder sollten die zukünftigen Entwicklungen in Frankreich genau beobachten und aus den Erfahrungen der französischen Arbeiterbewegung auch Konsequenzen und Lehren für die sozialistische Strategie im eigenen Land ziehen.

In der IG-Metall gibt es wieder Versuche, kritische Kollegen aus der Gewerkschaft auszuschließen. Der jüngste Fall ereignete sich in Bremen, wo die IGM-Verwaltungsstelle ein Untersuchungsverfahren gegen sieben bei Daimler-Benz beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder in Gang gesetzt hat.

Die sieben Kollegen gehören zu einer Gruppe, die seit drei Jahren unter dem Titel "IGM-Kollegen von Daimler Informieren" regelmäßig einen Infodienst herausgibt, in dem auch heiße Eisen der Gewerkschaftspolitik aufgriffen werden.

Nachdem Anfang April von sieben Kandidaten dieser Gruppe (darunter eine Frau und ein türkischer Kollege) vier in den Betriebsrat gewählt wurden, reagierte der IGM-Apparat unverzüglich: Nach § 11 der IGM-Satzung wurde ein "Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigenden Verhalten" gegen alle sieben Kandidaten, einschließlich der von den Kollegen gewählten Betriebsratsmitglieder, eingeleitet. Die Ortsverwaltung machte auch gleich deutlich, was mit diesem Verfahren bezweckt werden soll: Sie verfügte das Ruhen der gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten der Betroffenen. Dies kommt nach Meinung vieler Kollegen bei Daimler schon einer Vorverurteilung gleich. Worum geht es bei diesem Verfahren?

#### Gewerkschaftsschädigend?

Den vom Ausschluß Bedrohten wird von der IG Metall vorgeworfen, sowohl in ihrem Infodienst, als auch im Betriebsratswahlkampf sich gewerkschaftsschädigend verhalten zu haben. Konkrete Belege für diesen Vorwurf wurden bisher nicht erbracht. Aber nicht nur deshalb ist es für die Betroffenen schwer, sich gegen die Anschuldigungen zu wehren. Schlimmer noch ist, daß sie sich überhaupt nicht öffentlich verteidigen dürfen. Die

## IG Metall Bremen

# DAIMLER-KOLLEGEN VON AUSSCHLUSS BEDROHT!

## Innergewerkschaftliche Demokratie unerwünscht?

IGM-Satzung verbietet es allen Beteiligten, während des Verfahrens öffentlich Stellung zu beziehen (vgl. VORAN Nr. 45). Deshalb meinte Jürgen Drieling, einer der von dieser Gruppe gestellten Betriebsräte, zu VORAN: "Wir wollen uns nicht zum Verfahren äußern, weil das Anlaß für einen Ausschluß wäre. Das wäre uns zu billig."

#### Demokratisierung

Als eines ihrer obersten Ziele bezeichnet die Gruppe die Demokratisierung der IG Metall und eine größere Einflußnahme der Belegschaft auf die Gewerkschaftspolitik. Als 1978 von der IG Metall-Ortsverwaltung die Forderung nach der Gründung einer IGM-Betriebsgruppe abgelehnt wurde, war dies für einige Kollegen der Anlaß, um das Info "IGM-Kollegen von Daimler informieren" zu gründen. Die in einer Auflage von 2.000 Exemplaren erscheinende Zeitung wird ausschließlich durch Spenden der Redakteure und Leser finanziert.

Zum Sinn und Zweck dieses Infos sagte uns Jürgen Drieling: "Wir meinen, daß die Kolleginnen und Kollegen durch den Betriebsrat besser informiert werden müßten. Bei wichtigen Fragen, wie z.B. der analytischen Arbeitsplatzbewertung oder der Einführung des Personalinformationssystem ISA sollten die Betriebsräte nicht ohne die vorherige Anhörung und Zustimmung der Belegschaft entscheiden. Vom alten Betriebsrat

mittag (mit zwei kurzen Pausen) eine Klasse durch eine Fülle von Lernstoff zu hetzen, die man unbedingt bewältigen mußte, denn am Ende eines jeden Monats wurde eine Prüfung abgehalten.

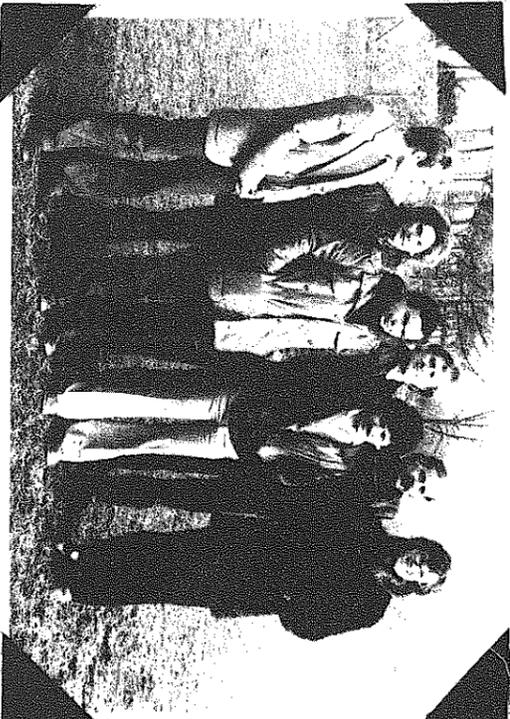
Besonders belastend war dabei, daß die Klassen oft aus Schülern zusammengesetzt waren, die man kaum unter einen Hut bekommen konnte: verschiedene Nationalitäten, unterschiedliche Vorbildung und Einstellung zum Lernen überhaupt. Studenten, die bereits mehrere Sprachen beherrschten, saßen manchmal neben Arbeitern, die seit Jahren keine Schule mehr von innen gesehen hatten.

Sie alle wurden nun unterschiedslos mit dem gleichen Lernprogramm traktiert. Wenn wir Lehrer versuchten, dieses starre Angebot zu kritisieren, stießen wir bei dem Schulleiter auf taube Ohren. Im kam es ja auch nicht darauf an, einen möglichst hohen Lernerfolg zu erzielen, sondern darauf, so viel wie möglich herauszuholen: an Geld aus den Schülern und an Arbeitsleistung

aber wurden die Kolleginnen und Kollegen noch nicht einmal mit entsprechenden Informationen versorgt. Deshalb haben wir dann in unseren Infos regelmäßig wichtige innerbetriebliche Probleme aufgegriffen."

#### Betriebsratskandidaten

Aber dabei ließ es die Gruppe nicht bewenden. Bei den letzten Betriebsratswahlen kandidierten sieben Mitarbeiter des Infos auf



IG-Metalller aus Bremen

der Liste der IG Metall. Da die IGM-Liste die einzige zur Wahl stehende war, konnte eine Persönlichkeitswahl stattfinden: D.h. die Wahlberechtigten konnten von den Kandidaten diejenigen auswählen, von denen sie ihre Interessen am besten vertreten glaubten. Um auf ihre Positionen

aus den Lehrern. Der Lohn für diese recht nervenfressende Arbeit war kläglich: netto kaum mehr als tausend Mark. Im Klartext hieß das: man bekam die Vorbereitungs- und Korrekturarbeit am Nachmittag nicht bezahlt.

Dazu kamen die mangelhaften Sozialleistungen. Wir hatten weder der Wohnnachts- noch Urlaubsgeld und bekamen nur den vom Gesetz als absolutes Minimum vorgeschriebenen Jahresurlaub von 18 Tagen!

#### Kampf gegen Ausbeutung!

Als wir angesichts dieser trostlosen Arbeits- und Lohnsituation mit Hilfe eines sehr fortschrittlichen Kollegen (der dann leider bald darauf ein Referendariat antrat) begannen, uns zu organisieren und z.B. einen Betriebsrat zu wählen, verschlechterte sich das Betriebsklima sehr schnell. Der Schulleiter reagierte beleidigt, da er der Ansicht ist, es sei ein Privileg, bei ihm überhaupt arbeiten zu dürfen.

aufmerksam zu machen, geben die zu einem Block "Demokratische Opposition" zusammenge-schlossenen Sieben eine Wahlzeitung heraus. Diese Wahlzeitung war der IGM-Ortsverwaltung wohl ein Dorn im Auge. Die "Demokratische Opposition" erhielt fast ein Viertel aller Stimmen.

#### Disziplinierung

Die inhaltliche Kritik an der bisherigen Betriebsratsarbeit wur-

de in diesem Wahlflugblatt in der durchaus solidarischem Ton abgefaßt. Auch stellt die Blockbildung von mehreren Kandidaten, die mit anderen Bewerbern gemeinsam auf einer Einzelliste kandidieren, für Bremer Großbetriebe keine Neuheit dar. Deshalb muß die Reaktion der IGM-Orts-

Es begann ein zähes Verhandeln um Gehaltserhöhung, ein regelrechter Horrortrip. Ich kann hier nicht wiedergeben, was für absurde "Argumente" wir angeboten bekamen, um die Fortsetzung dieser ausbeuterischen Bedingungen zu rechtfertigen. Unter anderem mußten immer wieder die Schulden des Schulleiters herhalten — als mehrfacher Hausbesitzer ist er doch steuerlich gut beraten, wenn er Schulden hat!

Nach einem zum Teil unwürdigen Nervenkrieg wurden unsere Gehälter geringfügig heraufgesetzt, die Sozialleistungen aber (außer einer Arbeitgeber-Beteiligung am 624,- DM-Gesetz) nicht verbessert.

#### Wehrt Euch!

Ich habe inzwischen diese Schule verlassen, weiß aber, daß sich der Betriebsrat weiterhin wegen meist winziger Verbesserungen, die in anderen Betrieben zu den Selbstverständlichkeiten zählen, mit dem Schulleiter streift. Allen Beschäftigten in

verwaltung doch stark verunsichert. Die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen die Kollegen soll offensichtlich zur Disziplinierung fortschrittlicher und kritischer Gewerkschafter dienen. Besonders bedenklich erscheint das Vorgehen der Gewerkschaftsführung aber angesichts des jüngsten Urteils des Bundesgerichtshofs: Darin wird gesagt, daß selbst die Kandidatur von Gewerkschaftsmitgliedern auf eigenen oppositionellen Listen kein Grund zum Gewerkschaftsausschluß sein kann. In Bremen haben die Kollegen des oppositionellen Blocks aber noch nicht einmal auf einer eigenen Liste kandidiert!

Der Zeitpunkt, zu dem das Untersuchungsverfahren eingeleitet wurde, dürfte ebenfalls kein Zufall sein: Nachdem vier der sieben Blockkandidaten mit jeweils über 1.000 Stimmen (von 6.200 Beschäftigten) gewählt worden waren, schlug die IGM zu. Dieser Umstand verdeutlicht die Angst, die abgehobene IGM-Funktionäre offensichtlich vor dem sich ankündigenden frischen Wind im Betriebsrat haben.

#### Solidarität

In dieser Situation ist Solidarität mit den vom Ausschluß bedrohten Kollegen die Pflicht eines jeden Gewerkschafters und Sozialisten. Die Gewerkschaftsführung scheint sich wieder einmal jeglicher Kritik an ihrer Politik dadurch entziehen zu wollen, daß sie einige der führenden Kritiker durch Ausschlußverfahren mundtot macht.

\* Verfaßt: Solidaritätsadressen an die vom Ausschluß Bedrohten!

\* Protestiert bei der Bremer IGM-Ortsverwaltung!

\* Für die sofortige Einstellung des Untersuchungsverfahrens gegen die Kollegen Hella Fischer, Claus Wessels, Hans-Dieter Hillmann, Jürgen Drieling, Ibrahim Akbal und Hans-Detlev Renardy!

Solidaritätsadressen, Anfragen und Zuschriften an:

Willi Elmers  
Schreiberstr. 8  
28 Bremen

(Dort können auch Unterschriftenlisten angefordert werden!)

ähnlichen Institutionen kann ich nur raten: Wehrt Euch! Treibt der Gewerkschaft bei! (Wichtig für den Rechtsschutz, da manche Schulleiter mit dem Prozessieren sehr schnell bei der Hand sind.) Informiert Euch über Eure Rechte und laßt sie durch einen Betriebsrat vertreten!

Und auf längere Sicht: Kämpft für eine demokratische Kontrolle des Unterrichtswesens, damit nicht länger qualifizierte Leute auf der Straße stehen (obwohl woanders Lehrkräfte fehlen!) und dann gezwungen sind, sich derartig ausbeuten zu lassen!

\*\*\*

von einem  
Vorran-Mitarbeiter  
aus Baden-Württemberg

## Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit

# AUSBEUTUNG IN PRIVATSCHULEN

Ohne die Probleme der Lehrer auf den öffentlichen Schulen vermahlen zu wollen (das wäre ein Extra-Aufsatz wert), möchte ich über meine Erfahrungen an einer privaten Sprachschule berichten.

Privatschulen stellen im Bildungswesen einen von niemandem kontrollierten "grauen Markt" dar, auf dem rücksichtslos Profit gemacht und die Notlage besonders von arbeitslosen Universitätsabgängern ausgenutzt wird.

Auch ich kam frisch von der Uni und hatte keine Aussicht auf eine qualifizierte Stelle, da in einer Universitätsstadt ein Überangebot an gut ausgebildeten Arbeitskräften besteht. Aus diesem Angebot konnte mein "Chef" nun nach Belieben auswählen und die Leute nach seinen Bedingungen einstellen — das heißt zu sehr schlechten.

#### Katastrophale Arbeitsmöglichkeiten

Wir unterrichteten Deutsch für Ausländer in Intensivkursen. Das bedeutet, fünf Stunden pro Vor-

# VORAN

Kapitalistische Krise  
erfasst auch Österreich

# SOZIALPARTNER- SCHAFT OHNE ZUKUNFT

von Elisabeth Tuma  
SJÖ-Mitglied  
Wien

## ARBEITERBEWEGUNG MIT KÄMPFERISCHER TRADITION

Das Image Österreichs reicht vom "gemütlichen Schuhplattler-volk" bis zur "Insel der Seligen". So konnte es sich bis jetzt auch einer stabilen Wirtschaft rühmen. Während in den 70er Jahren andere kapitalistische Länder große wirtschaftliche Schwierigkeiten hatten, erreichte Österreich eine Wachstumsrate von 4,3% im Jahresdurchschnitt — bisher nur von Japan übertroffen. Österreichs Bruttonationalprodukt (BNP) vervierte sich zwischen 1939 und 1973. 1979 nahm das BNP um 5,3% zu und 1980 um 3,5%. Aber 1981 wird es laut OECD-Prognose um 0,7% sinken. Die erste schwere Wirtschaftskrise seit 1945 steht vor der Tür.

Doch nachdem die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit die deutschen Arbeiter erreicht hat, ist der Tourismus im Sinken begriffen. Die Krise von 1974/75 bedeutete das Ende für den Nachkriegsaufschwung und die Rückkehr zu einer "normalen" Niedergangphase des Kapitalismus.

Der österreichische Gewerkschaftsobmann Anton Benya verkündete bereits, daß keine Aussichts auf Lohn erhöhungen über 1% bis 2% bestehe. Im Klartext bedeutet dies eine Senkung des Lebensstandards für die Arbeiter. Aber die Erfahrungen mit rechter, pro-kapitalistischer Politik haben gezeigt, daß das kapitalistische Sy-

und gegen das kapitalistische System.

1918 zerfiel mit der Niederlage Österreichs die österreichisch-Ungarische Monarchie, und die revolutionäre Arbeiterbewegung stärkte die Sozialdemokratie erheblich. Doch anstatt die Arbeiter zur Beseitigung des kapitalistischen Systems zu mobilisieren, führten die sozialdemokratischen Führer fort, die Macht immer mehr in die Hände der Kapitalisten zu treiben.

In den 20er und 30er Jahren konnte man dasselbe beobachten: Die "Führer" der Sozialdemokratie hielten die kämpferischen Arbeiter zurück. Als 1927 drei Faschisten vom Mord an zwei Sozialisten freigesprochen wurden, antworteten die Arbeiter mit einem Aufstand in Wien und einem dreitägigen Generalstreik.

### Leidtragende sind Arbeiter

Im Zuge der Wirtschaftskrise fordern die Kapitalisten Entbahrungen seitens der Arbeiter: Durch Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben, Lohnkürzungen und jetzt — wie im VEW-Stahlwerk Judenburg — Entlassungen.

Der Beginn der VEW 1975, die mit 26.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 12,3 Mrd. Schilling (entspricht 1,45 Mrd. DM) zu den größten Edelmetallproduzenten der Welt gehörten, war von der ersten Stahlkrise überschattet.

Anfang 1976 meldete der verstaatlichte Konzern einen Verlust in Millionenhöhe. 1978 beschloss die "Sozialpartner" eine sogenannte "Selbsthilfeaktion". Die Folgen waren rigorose Aufnahmepersen, drastische Reduzierungen der Überstunden und ein unbetzahlter Uraubschlag pro Monat — natürlich auf Kosten der Arbeiter.

Im Spätherbst verschärfte sich die Stahlkrise, und die Aufträge gingen zurück. Man wandte sich an die amerikanische Wirtschaftsberatungsfirma "Booz-Allen & Hamilton". Die Amerikaner sagten praktisch die Schließung des Judenburger Werkes voraus. Wörtlich heißt es in ihrem Gutachten: "...für mindestens 3.500 der heutigen Arbeitskräfte ist in Österreich keine Arbeit in den neuen VEW oder in den angelegten Betrieben vorhanden." Das heißt, man muß mit 3.500 bis 4.000 Entlassungen rechnen, wobei es 500 bis 600 Ersatzarbeitsplätze geben wird. Einige Gewerkschafts- und SPÖ-Führer



haben genauso wie die Rechten in anderen Ländern reagiert, nämlich mit einem Aufruf an die Arbeiter, sich "einzuschränken".

1929 begannen die Faschisten eine Kampagne zur "Reform" der Verfassung — mit dem Ziel, die schwererwordenen Rechte der Arbeiter zu beschneiden. Wiederum die Arbeiter vom Kampf zurückhaltend, willigte die SP-Führung zu Verhandlungen mit dem "christlich-sozialen" Kanzler Dollfuß ein. Die Folge waren noch mehr Zugeständnisse an die christlich-Sozialen. Das ermittelte die Faschisten wie in Italien jedoch nur, noch aktiver zu werden.

Im März 1933 hob Dollfuß die Verfassung auf und löste das Parlament auf. Die SPÖ gründete einen militärischen Flügel, den Schutzbund. Jedoch gab es keinen Aufruf zu Aktionen seitens der Parteiführung, die Dollfuß als das "kleinere Übel" zu den Nazis betrachtete. Solange, bis die faschistische Heimwehr das sozialistische Parteihauptquartier in Linz angriff.

Aber da war es bereits zu spät. Die dauernden Appelle der Parteiführung, nicht zu handeln, hatten die Arbeiter verwirrt. Die Führung der SPÖ hatte den Verfassungbruch ohne Widerstand zugelassen. Sie schreckte davor zurück, Machtmittel wie Generalstreik, Aufmarsch des Schutzbundes und Demonstrationen einzusetzen.

1938 wurde Österreich nach Einmarsch der Hitler-Truppen — an das Deutsche Reich angegliedert. Österreich existierte nicht mehr.

### Austro-Marxismus

Doch die Niederlage von 1934 war die Konsequenz falscher Politik der Parteiführung. Unter Otto Bauer wurde der soge-

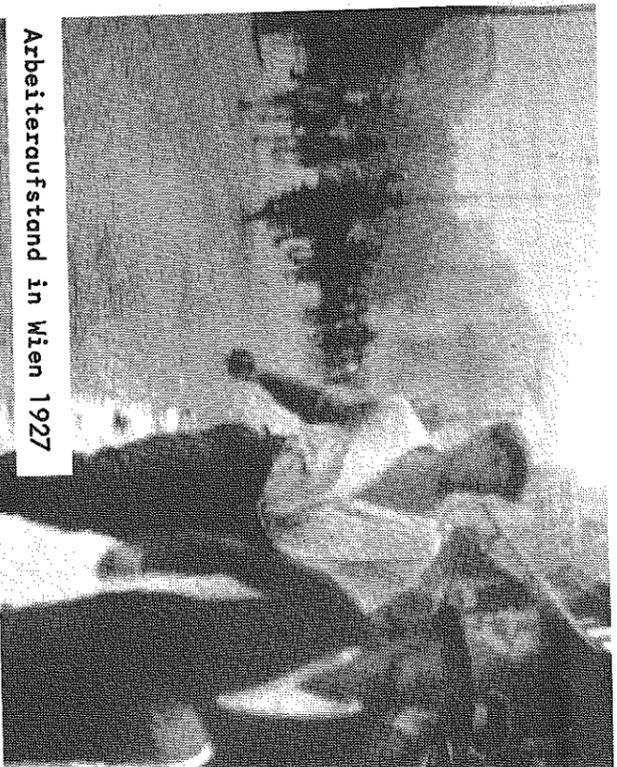
nannte "Austro-Marxismus" entwickelt, der von Trotzki später als "Zentritismus" bezeichnet wurde. Das bedeutet eine Tendenz, die zwischen Reformismus und Revolution schwankt und sich um Unterstützung von den Arbeitern zu bekommen — einer revolutionären Sprache bedient, andererseits aber immer bremsst, wenn es darum geht, den Kapitalismus niederzuschlagen.

Die Nachkriegsjahre führten hauptsächlich zu einem Wachstum des Kapitalismus, und die reformistischen Ideen der SP-Führung erschienen den meisten Arbeitern ausreichend. Die letzten Jahrzehnte des Wirtschaftswachstums haben die Erwartungen der Arbeiter in ihren Hoffnungen für die Zukunft gestärkt. Die Wunden der Niederlagen vor dem Krieg sind verheilt.

Jetzt aber, am Ende des Aufschwungs, wird die Arbeiterklasse — und vor allem die Jugend — wieder gestärkt zur Tradition des Klassenkampfs zurückkehren.

Die Bewegung in der Sozialistischen Jugend Österreichs (SJÖ) weist darauf hin, daß Veränderungen in der SPÖ eintreten werden. Zu den Forderungen gehören die 35-Stunden-Woche, gleiche Rechte für Frauen, 5 Wochen Uraub für Leihlinge, den Kampf gegen Neofaschismus und gegen die "Sozialpartnerschaft", deren Zweck darin besteht, die Arbeiter vom Klassenkampf fernzuhalten.

Die SJÖ wird sicher eine wichtige Rolle spielen können, wenn diese Forderungen zu einem klaren sozialistischen Programm verbunden werden. Der Kampfgeist der Österreichischen Arbeiterklasse kann mit den Ideen von Marx, Engels, Lenin und Trotzki zu erfolgreichen Veränderungen in Richtung Sozialismus führen.



Arbeiteraufstand in Wien 1927

Die Staatsverschuldung hat sich in den 70er Jahren von 12% des jährlichen BNP auf 24% verdoppelt. Die Inflation hat zwar noch nicht die 20%Rate anderer Länder erreicht, hat sich aber von 3,37% im Jahre 1979 auf gegenwärtig 6,4% beinahe verdoppelt.

Die hohen Wachstumsraten der 50er, 60er und 70er Jahre sind auf den großen Aufschwung des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf der ganzen Welt zurückzuführen. Außerdem wurde ein Drittel der Wirtschaft in den 50er Jahren verstaatlicht.

Dazu kamen noch die Gewinne des ansteigenden Tourismus, der eine gewaltige Einkommensquelle bot und half, das Budgetdefizit zu senken und die Inflationstrategie niedrig zu halten. Der Tourismusstrom der Nachkriegsjahre ist auf den wachsenden Lebensstandard besonders in Westdeutschland zurückzuführen.

stem nicht mit Opfern seitens der Arbeiterklasse niederzuschlagen ist. Doch mit der sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftskrise wird der Klassenkampf nicht mehr zu stoppen sein, was auch bedeutende Auswirkungen in der SPÖ haben wird.

Die SPÖ war den größten Teil der Nachkriegszeit und die letzten zehn Jahre sogar ununterbrochen an der Macht. Das kapitalistische System wurde — bis auf ein paar Reformen — beibehalten. Doch jetzt, wo die Krise des Kapitalismus nicht mehr aufzuhalten ist, liegt es bei allen antikapitalistischen Kräften, ihre Ziele durchzusetzen.

### Tradition des Klassenkampfes

Dem Beispiel der Russischen Revolution folgend, erhoben sich die Arbeiter in vielen Teilen Europas gegen die imperialistischen Machtkämpfe im Ersten Weltkrieg

## ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren...

und habe 7,- DM auf das Postcheckkonto Hans-Gerd Öttinger, PschA Essen 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 53 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name:

Adresse:

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75